

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Werner Amon, MBA, Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen

betreffende Strategie gegen Extremismus

eingebracht im Zuge der Debatte in der 68. Sitzung des Nationalrates über die Erklärung des Bundesministers für Inneres gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Thema „Die aktuelle Situation vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Neuseeland“ – TOP 1

Dass extreme Ideologien auch in gefestigten westlichen Demokratien zu Terror und Mord in großem Ausmaß führen können, zeigen die jüngsten Anschläge auf zwei Moscheen in Christchurch/Neuseeland sowie die Verhaftung eines radikal-islamistischen Terroristen in Wien. Der Umgang mit Extremismus und radikalen Strömungen innerhalb der Bevölkerung stellt unsere demokratische Gesellschaft in Bezug auf die innere Sicherheit und damit den gesellschaftlichen Frieden vor große Herausforderungen. Diesen gilt es angemessen und vor allem mit konkreten Maßnahmen ehe baldigst zu begegnen.

Am 23. Oktober 2018 wurde im Innenministerium im Rahmen eines „Präventionsgipfels“ die „Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ vorgestellt. Diese Strategie enthält dabei sehr unterstützungswürdige Rahmenvorstellungen gegliedert in acht Themenfelder:

1. SICHERHEIT, STRAFVOLLZUG UND RESOZIALISIERUNG
2. POLITIK UND DEMOKRATIEKULTUR
3. KOOPERATION UND RESSOURCEN
4. BILDUNG, ARBEITSMARKT UND RESILIENZ
5. SOZIALE VERANTWORTUNG UND GESUNDHEIT
6. WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
7. INTERNET UND MEDIEN
8. GENDER

Das Strategiepapier weist gleich an mehreren Stellen darauf hin, dass Extremismusprävention und Deradikalisierung einen innenministeriellen Ansatz erfordert. In seinem Vorwort erklärt sich der Herr Bundesminister für Inneres für das Thema aus der Perspektive der inneren Sicherheit für zuständig. Die Generaldirektorin für öffentliche Sicherheit, Michaela Kardeis, kündigte im Rahmen des Gipfels einen Aktionsplan zur Umsetzung konkreterer Schritte und Maßnahmen im Bereich an.

Extremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das staatliches Handeln in vielen Bereichen fordert, insbesondere in der inneren Sicherheit, der Justiz, der Bildungseinrichtungen und der sozialen Sicherheit.

Neben solchen restriktiven Maßnahmen ist es jedoch unumgänglich, sich auch substantiell wie inhaltlich mit extremen Gruppierungen und Individuen aktiv auseinanderzusetzen und gezielte Deradikalisierungsmaßnahmen (wie sie etwa für islamistisch radikalierte Personen existieren) zu entwickeln. Weiters hat das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz (dBfV) bereits im Jahr 2001 ein „Aussteigerprogramm für Rechtsextreme“ initiiert, um Einzelpersonen den Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene zu ermöglichen. Das dBfV bietet vielfältige und individuelle Maßnahmen:

- Beratung von Eltern, Familienangehörigen und Lebenspartnern der Betroffenen
- Persönliche Begleitung und Betreuung während des Ausstiegs
- Hilfe bei der Vermittlung von schulischen oder beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen
- Hilfe bei Behördenkontakten
- Gespräche mit Arbeitsgebern und Bewährungshelfern
- Vermittlung von externen Hilfsangeboten, z.B. bei Alkohol-, Drogenproblemen oder Überschuldung
- Unterstützung bei Bedrohung durch Angehörige der rechtsextremistischen Szene, z.B. durch Hilfe bei Wohnungssuche und Umzug
- In Einzelfällen und für zwingend erforderliche Umzugsmaßnahmen können auch einmalig finanzielle Hilfen gewährt werden.

Auch im Schulbereich gilt es hier einen noch stärkeren Fokus auf die Problematik von Radikalisierung zu legen. In diesem Zusammenhang wäre beispielsweise anzuregen, die neu geschaffenen Ombudsfrau für Wertefragen und Kulturkonflikte im Bildungsministerium auch explizit mit dem Thema Radikalisierung zu betrauen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Einbindung des „bundesweiten Netzwerks für Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (BNED), eine umfassende Strategie und konkrete Maßnahmen (wie etwa Aussteigerprogramme) gegen jegliche Form des Extremismus zu erarbeiten“



